

Auftrag für die Einführung einer Förderabgabe für Energieeffizienz und erneuerbare Energien

Mit der Revision des IBC-Gesetzes hat der Gemeinderat die gesetzliche Grundlage für die Einführung eines Energiefonds geschaffen. Gemäss Art. 38 soll dieser Fonds durch eine Abgabe pro kWh Strom und Gas gespiesen werden und für die Förderung von erneuerbaren Energien und stromeffizienten Technologien eingesetzt werden.

Der Energiefonds leistet einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Ziele der Energiestadt, der 2000 Watt-Gesellschaft sowie des bis 2025 zu vollziehenden Atomausstiegs. Viele Energiestädte und andere Gemeinden kennen heute Energiefonds oder Stromsparmögensfonds für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, so auch die Bündner Gemeinden im EWZ-Versorgungsgebiet, die Stadt Zürich, St. Gallen oder die Gemeinde Buchs. Die ersten Erfahrungen sind durchaus positiv.

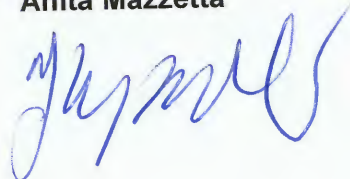
Das vom Bundesrat 2001 lancierte Programm EnergieSchweiz hat in der Vergangenheit eindrücklich gezeigt, dass der Einsatz von Mitteln für Energieeffizienz und erneuerbare Energien eine positive Wirkung für die Volkswirtschaft hat und zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft beiträgt. Die Förderbeiträge der Kantone beliefen sich 2010 auf 147 Mio. Franken. Die ausgelösten Investitionen waren vier Mal höher. Die Beschäftigungswirkung betrug 2'460 Personenjahre. Von den Fördermitteln für erneuerbare Energien und Energieeffizienz profitieren Wirtschaft und Bevölkerung gleichermassen. Das Fördersystem führt nicht nur dazu, dass Strom effizienter genutzt wird, es führt auch zur Senkung der Stromrechnungen von Unternehmen und Haushalte.

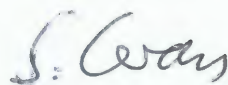
Deshalb fordern die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner den Stadtrat auf:

1. dem Gemeinderat einen Vorschlag für die Einführung eines Energiefonds zu unterbreiten und die Abgabe pro kWh Strom und Gas zu definieren.
2. die Projekte, Investitionen und Dienstleistungen, die von der Förderabgabe profitieren sollen, zu konkretisieren und aufzuzeigen wie die energiepolitischen Ziele damit erreicht werden können.
3. ein Reglement für den Energiefonds auszuarbeiten und dem Gemeinderat zu unterbreiten.
4. aufzuzeigen wie Wirtschaft und Private von den Förderbeiträgen profitieren können und welche positiven Effekte diese auf Investitionen und Beschäftigung haben.

**Für die Fraktion Freies Grünes
Bündnis/Grünliberale Partei**


Anita Mazzetta





für die SP-Fraktion


Thomas Hensel